

Beamtenbefoldung und Beamtenrecht.

Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände.

Die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände veranstaltete gestern eine große Kundgebung im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses, der zahlreiche Vertreter von Reichsämtern und Staatsministerien sowie Mitglieder des Reichstages und Landtages aus den verschiedensten Parteien beiwohnten. Generalsekretär Kemmers sprach seine Befriedigung über das rasche Ausblühen der Interessengemeinschaft aus. Der Geist des 4. August wirke stark in der Beamtenenschaft. Man habe allgemein das Gefühl der Zusammengehörigkeit, die sich über kleinliche Unterschiede und Sonderwünsche hinwegsetze. Vor dem Kriege habe es wohl keinen Stand gegeben, der so zersplittert war und in kleinste Gruppen mit engherzigsten Sonderwünschen zerfiel. Der Redner schilderte dann die Kollage der Beamten und verlangte eine neuartige Gestaltung des Beamtenrechts.

Geheimer Finanzrat v. Jacob: vom Finanzministerium erklärte, die Regierungen anerkennen die Leistungen der Beamtenenschaft im Kriege, die alles Menschenmögliche getan und sich in allen ihren Schichten bewährt habe. Er versicherte den Beamten, daß in den Kreisen, die ihre Geschicke in der Hand haben, ein warmes Herz für sie schlage. Der Beamtenstand sei ja im Kriege besonders schwer betroffen, aber bei der Regelung der Befoldungsfrage werde man die Bedürfnisse der Beamten nach Möglichkeit berücksichtigen.

Reichs- und Landtagsabgeordneter Olesberts (Str.) gab namens der anwesenden Mitglieder des Reichstags aus den Fraktionen der Konservativen, Fortschrittlichen Volkspartei, Deutschen Fraktion und des Zentrums die Versicherung ab, daß sie gern Gelegenheit nehmen werden, mit den Vertretern der Beamten zu verhandeln. Sie alle seien überzeugt, daß nach dem Kriege eine Neuregelung der Verhältnisse der Beamten nach der wirtschaftlichen und rechtlichen Seite unabweisbar sei. — Landtagsabgeordneter Rosenow (Fortschrittliche Volkspartei) sprach seine Befriedigung über den Zusammenschluß der Beamtenenschaft aus. Wenn wir schon von den Beamten verlangen, daß sie ihr Bestes hergeben, müssen wir sie auch vor Not im Hause bewahren. Die Steuererhöhungen sind zwar sehr wohlwollend gegeben, aber sie sind nicht ausreichend. (Zustimmung.) Jedenfalls muß so bald als möglich eine Steuererhöhung gegeben werden, die der Not ein Ende macht. Noch wichtiger ist die ideale Seite: die Schaffung eines Beamtenrechts.

Postsekretär Wichmann-Berlin berichtete über die Ergebnisse der geschlossenen Sitzungen. Die J. O. hat u. a. eine Erklärung gegen die von der vorgesetzten Behörde angeordnete Amtsniederlegung des ersten Vorsitzenden der Verbände preussisch-hessischer Lokomotivführer angenommen, und diese als einen bedauerlichen Eingriff in die Ausübung des Vereinsrechts der Beamten bezeichnet. Der geschäftsführende Ausschuß soll alsbald Schritte tun, um eine Sicherstellung des Vereinsrechts der Beamten auf gesetzlichem Wege herbeizuführen. Ein weiterer Beschluß beschäftigt sich mit den Maßnahmen der Reichsbelleidungsstelle und es wird gebeten, daß ein Eingriff in die nicht übermäßig großen Bestände an Kleidern der Beamten unterbleibe. Die Beamten seien bei den Kriegspreisen nicht imstande, sich Ersatz zu beschaffen.

Es folgten dann noch Vorträge von Professor Dr. C. Franke-Berlin über Sozialpolitik und Beamtenenschaft sowie von Schriftleiter Falkenberg-Hamburg über die Stellung der Beamten im neuen Deutschland.